

ZC M3a

deppelt

MECKLENBURGER AUFBRUCH



Stimme unabhängiger demokratischer Gruppen in Mecklenburg · Nr. 1 · 31. Dezember 1989

Denk' ich an Deutschland . . .

. . . dann fallen mir die letzten vierzig Jahre ein, mein ganzes Leben in der DDR.

Aufgewachsen mit der Forderung: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Ahnungslos verspielte ich die 50er Jahre. Sie endeten, als wir morgens in der Schule durchzählten, wie viele sind heute Nacht „abgehaun“.

Ich lernte schreiben, rechnen und heucheln – abends wurde die Antenne auf Westen gedreht.

Die Mauer wurde gebaut. Der Lehrer sagt: „Antifaschistischer Schutzwall“. Das schluckten wir, wir wurden also geschützt.

In den Jahren danach spürten wir, unser Land kam zur Ruhe. Wunden heilten.

Wir ertrugen all die Demütigungen unseres Lebens.

Wir wußten, Frieden verlangt einen hohen Preis. Irgendwer mußte diesen Preis zahlen für das, was unsere Väter getan.

Die Wunden brachen nicht auf, als Soldaten der Nationalen Volksarmee in Prag einmarschierten. Viele empfanden Scham, doch wir nahmen es hin.

Erwachsen geworden, beginnt eine neue Ära im Land. Ulbricht ist entmachteter, Stalin ein Mythos – soweit entfernt von unserem Leben wie Iwan der Schreckliche, oder doch fast. In der Kultur ein neuer Wind. Die Wirtschaft relativ gesund, wir atmen auf.

In der DDR leben heißt für viele leben in der besseren der möglichen Welten. – Kannten wir eine andere? – Doch statt der erhofften Öffnung wird es eng in dieser vermeintlich besseren Welt. Der Staat, der große Vater, lehrt uns Mores – wer nicht hören will muß spüren! Wer nicht hört, spürt: Der Vater hat viele Helfer bei der Erziehung – die Angst, jeder könnte mein Feind sein.

Die Wunde bricht auf, beginnt zu bluten. Biermann, Krug, Kunze, Kurnert, Domröse und . . . und . . . und . . . So beginnen die 80er Jahre.

In Amerika ein Cowboy im Weißen Haus, im Osten ein Greis. Eiskalt wird der russische Bär in die Knie gezwungen, kaputtgerüstet. Die Rechnung geht auf. Dann die Hoffnung mit Michail Gorbatschow!

Und unsere Staatsführung? Sie tut so, als dringen die Zeichen der Zeit nicht an ihr Ohr. Sie merkt nicht, daß es bergab geht im Land? – Sie merkt es nicht?

Und wir, das Volk? Wir haben doch gespürt, jetzt muß endlich etwas geschehen! – Wir halten still.

Wir sitzen gefangen in unserem sozialen Netz. Wir sitzen fest in unserem so mühsam erarbeiteten Wohlstand. Wir klammern an den wenigen Privilegien, die wir haben.

Wir gehen weiter zur Wahl. Haben wir uns wenigstens geschämt; wir, die wir einst unsere Väter fragten: „Was habt ihr getan?“

Wir erwachsen, haben Kinder und leben ihnen vor: Seid still, fällt nicht auf! Die da oben wissen schon, was sie tun! Der kleine Mann kann nichts tun! So erleichtert man sich in Deutschland das Gewissen, seit Jahrzehnten, Jahrhunderten – es steckt uns vielleicht in den Genen.

So sind wir stumm in Demütigung gefangen. Nur manchmal kommt es in



uns hoch – muß das eigentlich alles so sein? Aber seien wir ehrlich mit uns! Dieses Fragen brach nicht auf an den großen Fragen der Menschenrechte! Es kam die Empörung in uns hoch, wenn wir sahen, wie scheinbar leicht und unbeschwert unsere Brüder und Schwestern im Westen lebten! So hätten wir es auch gerne für uns. Wir hatten es dann satt, den Preis zu zahlen für die Schuld unserer Väter. Wir merkten, unser Leben geht vor-

über und so viele Wünsche bleiben offen.

Dann der Sommer 1989. Ich sitze vor dem Fernseher. Fassungslos, wie gelähmt. Tausende verlassen das Land. Panik in ihren Gesichtern. Sie fliehen aus dem Wohlstand; Freunde sind darunter. Ich bleibe zurück wie in einem Boot ohne Führung . . . die da oben tun nichts. Honecker, ein greiser, kranker Mann, klebt an seiner Macht. Sein Hofstaat handelt nach dem Wahl-

spruch: Wenn der Tyrann schläft, geht man auf Zehenspitzen. Wer ihn weckt, wird bestraft.

Es wird Geburtstag gefeiert mit aller Brutalität der Macht, das Volk soll jubeln. Das Volk jubelt nicht, es steht auf. Endlich so tief gedemütigt, daß es sich empört über die Arroganz und Ignoranz der Macht. Wir wurden geprügelt in den aufrechten Gang.

Nach Jahrzehnten finden wir die Sprache wieder, erst im Schutz der

Kirchen, dann gehen wir auf die Straßen. Wir entledigen uns der alten, morbiden Macht der Greise. Dann geht alles in atemberaubendem Tempo: Enthüllungen! Wir haben es immer geahnt – wer etwas anderes behauptet, ist unehrlich – „die da oben“ waren skrupellose Egoisten. Sie handelten nach den Gesetzen einer mafiosen Vereinigung. Wen wundert's, wenn nun mehr zerbricht als eine Cliquenwirtschaft?

Und wir? Wir, die wir von der Wiege bis zur Bahre in dem sozialen Netz gehalten waren, wie werden wir nun damit fertig, ohne diese „Obhut“ zu leben? Wir sind hinausgestoßen in eine rauhe Wirklichkeit. Sind wir dem gewachsen?

Ich sehe uns in der Glitzerwelt, die Nasen plattgedrückt an Schaufenstern des Überflusses. Wer will den Zeitgenossen verurteilen, der meint, er bekäme das alles geschenkt, wenn wir „wiedervereinigt“ würden. Wir sind es ja gewohnt, daß andere für uns denken und tun.

Doch wir leben in dem einen Teil des einen Volkes, wo nichts glitzert. Wir müssen mit all dem Erbe der Vergangenheit fertig werden – wir sind nämlich ein Teil dieser Erbschaft, die angetreten sein will. Es scheint uns jetzt so phantastisch einfach, den Verlockungen des Wohlstandes zu folgen.

Doch sind wir der Teil Deutschlands, der noch einmal die Chance hat, neu zu beginnen.

Wir dürfen uns helfen lassen, denn wir haben den anderen Deutschen auch geholfen, ideell und materiell: Wir haben die gemeinsame deutsche Schuld getragen. Wir haben das mühevoller getan als die Bürger der anderen deutschen Republik. Wir haben unser Land aufgebaut, sehr unvollkommen, aber ohne Marshall-Plan. Im Gegenteil, wir zahlten hohe Reparationen. Darüber hinaus versorgten wir die westdeutsche Wirtschaft mit gutausgebildeten, hochmotivierten Fachkräften – es waren drei Millionen Menschen, die wir verloren haben. Darum gibt es keinen Grund für falsche Bescheidenheit! – Nebenbei gesagt halte ich Bescheidenheit für eine Tugend, die man häufiger bei DDR-Bürgern als bei Bundesbürgern findet. Vielleicht etwas, das es zu bewahren gilt?

Wenn es uns gelingt, in dem nächsten Jahrzehnt unsere Wirtschaft zu sanieren, wird das gespaltene Land ein einiges Land in Europa sein. Der Weg dahin? Eine Vertragsgemeinschaft, dann wahrscheinlich eine Konföderation, . . . aber das wird morgen entschieden.

Heute haben wir uns jedes nationale Hochgefühl zu verbieten, wir leben nämlich nicht allein auf der Welt. Die Wunden des Krieges unserer Väter heilen langsam, aber die Geschichte lehrte Angst vor Deutschland. Diese Angst können, dürfen wir nicht wieder einmal selbstherrlich übergehen.

Denk' ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich wach, hellwach. Ich wünsche uns eine gemeinsame Zukunft, die gut ist für die Welt, in der es sich zu leben lohnt.

Statt Vorwort

„Mecklenburger Aufbruch“ ist eine neue Zeitung. Ein Versuch. Es ist zu hoffen, daß dieser ersten Nummer viele nachfolgen. Ihr Zustandekommen verdanken wir dem Zusammentreffen mancher glücklicher Umstände.

Wir verstehen diese Zeitung als den Versuch einer unabhängigen Presse in Mecklenburg. Zwar zeichnen sich erste Möglichkeiten von Presseverlautbarungen in alten „Parteiorganen“ in der DDR ab, auch gibt es schon erste regionale Veröffentlichungen oppositioneller Gruppen, von einer freien Presse sind wir aber noch weit entfernt. Unser Land braucht neben einer Reform der politischen Strukturen unbedingt als sogenannte „vierte Gewalt“ die unabhängige Presse. Wir danken allen, die das Erscheinen dieser Zeitung möglich gemacht haben durch Beiträge, Bereitstellen von Druckkapazitäten etc. Manch Mecklenburger Beitrag entbehrt der Professionalität, aber alle zusammen spiegeln die Vielfalt politischer Meinungen zu den Fragen der Zeit wider – darin sehen wir den Zweck einer solchen Veröffentlichung.

Wir wünschen allen Lesern: Ein gutes Jahr 1990.

Rumänien atmet auf, aber es hungert!

Wir sitzen an gedeckten Tischen, wir sollten an das rumänische Volk denken! Wir rufen alle mitfühlenden Bürger auf: Schickt Pakete mit Lebensmitteln! (Gewichtsbeschränkungen beachten!) Benötigt werden vor allem:

**Milchpulver
Würfelzucker · Reis
Eierteigwaren
Fleischkonserven
Kaffee · Kakao
Gewürze** (Pfeffer, Zimt, Nelken)

Außerdem wird warme Kleidung benötigt!

Für Geldspenden: **Brot für die Welt:**
Konto-Nr. 1461-13-141 cod. 249 313
Kennwort: Rumänien
DRK: Bei allen Geldinstituten 444 (Rumänien)

Für Pakete eine Adresse – es wäre sinnvoll, die Hilfssendungen zu koordinieren (DRK) –, uns ist jetzt nur diese Anschrift bekannt:

VR Rumänien, Brasov
Gemeinde der Schwarzen Kirche

Neues Forum Schwerin



Nur keine Panik in dieser schönen Revolution!

Erst wurde aufgebrochen, dann umgebrochen, nunmehr heftig diskutiert ums Wohin, programmiert... Jahrzehnte zu wissen, wie alles war in unserem Land war (offensichtlich) leichter zu ertragen als die (bange) Frage: Was wird werden? Plötzlich ist Ungeduld da, Hektik droht... Gott sei dank war die Diktatur „der Partei“ nicht so „schlimm“ wie die in Rumänien, politische Moral nicht völlig verkommen in den Reihen derer, die die Zepter in der Hand hatten. Aber: Wir wissen, wie nahe auch unserem Volk (den Demonstranten auf den Straßen) tödliche Gewalt war. Und: Wir sollten länger, intensiver über jüngere Geschichte, auch über die jüngsten Zigttausenden Opfer in Rumänien nachdenken. Ehe wieder an in diese oder jene Richtung sich abgrenzenden programmatischen „Zukunftsangeboten“ gebastelt und mit ihnen um Macht gerungen oder spekuliert wird!

Es erschreckt mich die Selbstverständlichkeit, mit der alte und auch neue politische Kräfte in der DDR auf (für mich) schon wieder dogmatische Weise zur Tagesordnung übergegangen sind – in rivalisierender Profilierungssucht Mehrheiten auf ihre jeweilige Seite zu ziehen trachten: Wahlkampf in Windelhosen, dessen Vorbilder hoffentlich nicht erreicht werden. Schon wieder soll das Volk durch Parolen und einander ablösende Aufrufe zu Entscheidungen gedrängt werden – ausnützend dessen notorische Furcht vor Ungewißheit und „Führerlosigkeit“. Anstatt den wahrscheinlich positivsten Vorgang dieses Jahrhunderts in Europa – das Zerreißen des Eisernen Vorhangs – in seiner Tragweite gebührend und umfassend bewußt zu machen, versuchen einige nicht gerade namenlose Leute das Denken der Menschen schnell wieder in ein typisch klein-kariertes deutsches Strickmuster zu pressen! Alternativen werden suggeriert, die keine sind – und folgerichtig spalten sich die Leute auf der Straße in einander die Transparente um die Ohren schlagende Gruppen, auf denen nur scheinbar feindselig sich ausschließende Losungen stehen... Mußten z. B. Christa Wolf und Co. nicht klar sein, daß ihr Aufruf „Für unser Land“ und folgende Unterschriftensammlung, die in „altbewährter“ Kampagnemanier bereits die jüngsten Schulkinder benutzt, die Gedanken der Menschen um die „deutsche Einheit“ erst so recht zu einer „Für- oder Wider-Vereinigungsdiskussion“ und Auseinandersetzung entfacht – völlig zur Unzeit?

Gleichzeitig wurde in diesem, in meinen Augen geistig dünnblättrigen Papier „alternativer Sozialismus“ als Identifikationsmodell beschworen und damit im Grunde erneut das alte Zerrbild der Geschichte dieses Jahr-

hunderts aufgerichtet – Sozialismus oder Kapitalismus – in der sich nun die Menschen neuerlich im „Entweder-Oder“ einrichten sollen. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da endlich die wahrlich historische Chance gegeben ist, sich vom schlimmsten, für diese Welt gefährlichsten Alptraum zu befreien – der Konfrontation zwischen Ost und West! Wir sollten uns von Begriffen verabschieden, die weder den einen noch den anderen gesellschaftlichen Zustand hinreichend beschreiben – und erst recht von darauf fußenden Programmen, die den Menschen wieder Grenzen setzen, die sie nicht wollen.

Die sechs „Wunder“ des Sozialismus

Die jugoslawische Illustrierte „Osmica“ berichtete dieser Tage von den „sechs Wundern des Sozialismus“:

1. Es gibt keine Arbeitslosigkeit, aber niemand arbeitet.
2. Keiner arbeitet, aber alle erhalten Lohn.
3. Alle erhalten Lohn, aber damit kann man nichts kaufen.
4. Nichts kann man kaufen, aber jeder besitzt alles.
5. Jeder besitzt alles, aber alle sind unzufrieden.
6. Alle sind unzufrieden, aber alle stimmen bei Wahlen für das System.

Wir in der DDR und alle im aufgebrochenen Osteuropa sollten uns nichts vormachen: Wir sind weder souverän noch der Problemnabel der Welt, und ohne den „Westen“ und sein in jeder Hinsicht und in jeder Richtung bewegungsfähiges Potential kann es keine sinnvolle Entwicklung geben, nicht für uns und schon gar nicht für die beiden tatsächlichen akuten Krankheitsherde unserer Weltordnung: die unbeschreibliche Not von Milliarden Menschen im „Süden“ und der drohende ökologische Kollaps auf unserer Erde. Für beides war und ist der „Norden“ verantwortlich, im Westen wie im Osten, und diese Verantwortung gilt es nun gemeinsam wahrzunehmen – im eigenen Interesse, das längst nicht mehr nationalstaatlich definiert werden kann. Die Fähigkeit zur Wahrnehmung dieser Verantwortung, die auch ein Abtragen von Schuld bedeuten wird, scheint greifbar, aber sie wird erst dann voll erlangt sein, wenn eine rigorose Abrüstung beider Militärblöcke und folgende Auflösung erfolgt sind. Dann hätte die fatale Geschichte der Scheinkonkur-

renz zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ ihr Ende. Bleiben werden hoffentlich nur runde Tische, an denen Lösungswege genannter Probleme ausschließlich mit Sachkompetenz und auf Effizienz zielender Vernunft gesucht und gefunden werden (müssen!) – transnational und außerhalb aller oder neuer partei-ideologischer Vorbehalte. Innerhalb dieser persönlichen „Träumerei“ hege ich den begründeten Verdacht, daß für den Aufbau neuer „Sozialismus-Modelle“ oder gar deren Umsetzung z. B. in der DDR weder Zeit bleibt noch mit der Lust potentieller „Erbauer“ zu rechnen ist. Das Selbstbewußtsein, mit der die SED als PDS (Partei des „demokratischen Sozialismus“) nach erfolgter Schnellreinigung (ohne Tiefenlöser) auf die Wahl zuschreitet, ist mir schleierhaft – es sei denn, ich verbuche dieses als demagogische Frechheit, die ahnungsvoll nicht Sozialismus meint, sondern neuerlich nur Macht! Es wird Zeit, daß das weitverzweigte, immense materielle Besitztum dieser Partei vom Volk der DDR (in bewährt gewaltfreier Art) eingefordert wird, was ein durchaus rechtmäßiger Vorgang wäre – ehe sie sich mit diesem zu alter Größe aufbläht. Um rechtsstaatliche Verhältnisse, eine funktionierende und ökologisch verantwortbare Wirtschaft und allseitig intakte Demokratie in einer neuen Gesellschaft auf dem Boden der DDR zu erreichen, müssen u. a. gleichberechtigte Ausgangspunkte für alle zu freien Wahlen antretenden politischen Kräfte geschaffen werden, was zur Zeit nicht im geringsten gegeben ist. Das zu verändern, wäre ein Sofortauftrag an die derzeitige Regierung. Es ist nicht zu akzeptieren, daß nur reichlich vier Monate vor dem avisierten Wahltermin noch nicht einmal der Entwurf für ein neues Wahlgesetz zur Diskussion steht! Wir sollten uns nicht zu Hektik und Oberflächlichkeit drängen lassen, von der nur die profitieren können, die im freilich eigenen Interesse die demokratische Bewegung im Lande scheitern sehen wollen. Genießen und fordern wir doch etwas länger die Zeit politischer Offenheit nach vorn – es ist unser Recht und unsere Pflicht, besonnen und genauer noch darüber nachzudenken, was wir (und die Bürger) wollen und was wir nicht wollen, was wir können und was nicht. Es geht um die Glaubwürdigkeit unserer politischen Interessenvertretung – mögen die alten Parteien mit ihren gut funktionierenden Apparaten etwas länger auf die Neuaufteilung der Pfründe warten, bis wir objektiv in der Lage sind, zu verhindern, daß sie zuviel davon abbekommen... was sie wahrlich nicht verdient hätten.

Ulrich Rudolph
(NEUES FORUM Gadebusch)

Besinnliche Stunden

Eigentlich könnten wir am Ende dieses Jahres zufrieden sein. Unser Land ist im Aufbruch, alles ist in Bewegung geraten. Die SED hat ihren Führungsanspruch verloren, die Stasi ist aufgelöst, Neues zeichnet sich ab. Rechtzeitig zum Fest sind die Grenzen nun in beiden Richtungen passierbar. Auf den Straßen viele winkende Menschen, gelassene Autofahrer, die selbst stundenlanges Warten an der Grenze nicht aus der Fassung bringt. Wann gab es das schon einmal in Deutschland?

Nun wäre es an der Zeit, in aller Behaglichkeit die Lichter des Weihnachtsbaumes anzuzünden, einen Kognak nach dem Festtagsbraten zu trinken und über Vergangenes zu sinnieren.

Doch dieser Weihnachtsfriede kam nicht auf. Die Bilder der nationalen Eintrachtsfeier am Brandenburger Tor wurden überschattet durch die Toten von Timisoara. Die Hoffnung auf feierliche Stille zerstört durch die Mörderbanden Ceausescus.

Der Diktator ist tot. Mit dem alten Regime wird abgerechnet. Die Auseinandersetzung um den neuen Kurs hat gerade erst begonnen. Wird noch mehr Blut fließen?

Ganz gleich wie es weitergeht, die Menschen brauchen jetzt unsere Hilfe. Hilfe, die schon lange nötig war, aber nicht ins Land gelassen wurde. Hilfe, zu der sich unsere Regierenden seit Jahren außerstande sahen. Statt dessen wurde der Diktator mit unseren höchsten Auszeichnungen und Orden behängt, noch in diesem Jahr. In diesem Sommer war er einer der wenigen verbleibenden „Freunde“

der alten Staatsführung, die über seine Machenschaften sehr gut Bescheid wußte. Da hilft es nun wenig, wenn in aller Eile der Karl Marx-Orden aberkannt wird. Die Schuld, jahrelang ein verbrecherisches Regime nicht nur geduldet, sondern sogar gestützt zu haben, wird bleiben. Wir haben uns bei dem rumänischen Volk zu entschuldigen und jetzt zu helfen, auch wenn es uns wirtschaftlich schwerfällt.

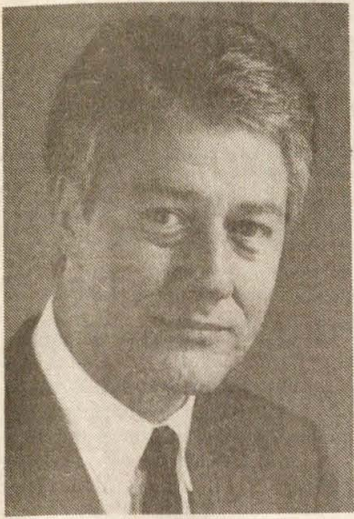
Bilder aus Rumänien – hätten es nicht auch Bilder aus Leipzig, Dresden oder Schwerin sein können von den ersten Oktobertagen? Wie nahe standen wir vor solcher Katastrophe? Noch immer fehlt hier letzte Klarheit. Hätten sich Sicherheitskräfte des alten Apparates zu ähnlichen Handlungen gegen das Volk mißbrauchen lassen? Wer hat die Gewalt auf unseren Straßen verhindert? Fragen, die immer noch dringend beantwortet werden müssen.

Weihnachten 1989, eine der letzten Diktatur Europas ist gestürzt. Was in Polen lange dauerte, sich über Ungarn, die DDR und die CSSR friedlich Bahn brach, konnte in Rumänien nur blutig geschehen. Ein Kapitel europäischer Geschichte ist zu Ende, ein neues ist aufgeschlagen. Wird es von Menschen geschrieben, die ihre Grenzen winkend überschreiten und ihre Regierungen frei wählen können? Die in ihren Heimatländern sich zu Hause fühlen und dort arbeiten können und sich trotzdem oder gerade deshalb bereit finden, an den globalen Fragen unserer Zeit zu arbeiten?

Die Zeichen dafür stehen am Ende dieses Jahres so günstig wie nie zuvor.

–dt–

Ministerpräsident Björn Engholm



Hans Modrows Angebot einer Vertragsgemeinschaft war ein wichtiger Baustein, zu dem Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan – auch wenn er Schönheitsfehler hat – paßte. Inzwischen sind in Dresden wesentliche Vereinbarungen getroffen worden, die den Weg zur Möblierung freimachen.

Die Probleme – wirtschaftlich, gesellschaftlich und international – sind damit noch lange nicht vom Tisch. Aber die Richtung ist klar, und je länger und schwieriger der Weg ist, desto schneller müssen wir uns, geradlinig und umsichtig, auf die Socken machen.

Ich weiß sehr gut, wie riesengroß der Bedarf der Menschen in der DDR ist und wie stark der Wille, auf völlig neuen Wegen endlich wirtschaftlich voranzukommen. Andererseits gibt es in Schleswig-Holstein eine hohe Bereitschaft der Wirtschaft, unterstützt von den Gewerkschaften, sich in der DDR vielfältig zu engagieren. Deshalb war es frühzeitig mein Ziel, auf Länderebene über die Grenze hinweg zu praktischen Vereinbarungen zu kommen.

Im November habe ich im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine Partnerschaft mit den mecklenburgischen Bezirken vorgeschlagen, und gegenüber Ministerpräsident Modrow habe ich im Dezember angeboten, einen paritätisch besetzten Planungsrat Schleswig-Holstein/Mecklenburg und Kooperationsbüros in Schwerin und Kiel oder Lübeck einzurichten.

Der Planungsrat soll Fragen der Infrastrukturplanung, der gegenseitigen Abstimmung von Entwicklungszielen und des Umweltschutzes grenzübergreifend klären. Die Kooperationsbüros sollen der Wirtschaft beider Seiten Informationen vermitteln über Absatz- und Zuliefermärkte, die Qualifizierung von Ar-

beitskräften, neue Technologien und Patente, Genehmigungs- und Förderverfahren und Finanzierungsfragen; sie sollen bei der Anbahnung von Kontakten und der Ermittlung von Kooperationspartnern sowie beim Austausch von Personal und Managern behilflich sein.

Diese Vorstellungen ebenso wie weitere Möglichkeiten der Hilfe Schleswig-Holsteins speziell in Mecklenburg – beispielsweise bei Wohnungsbau und Stadtsanierung oder im Energiebereich – haben wir inzwischen auch in den Bezirken Schwerin und Rostock diskutiert. Sobald wir grünes Licht aus Berlin erhalten, können wir starten.

Unser erster Gedanke galt der me-

dizinischen Versorgung. Nachdem ich vorgeschlagen hatte, daß Ärzte aus Schleswig-Holstein für eine gewisse Zeit in mecklenburgischen Kliniken arbeiten könnten, haben sich mehr als 100 Mediziner gemeldet. Dringend benötigte Ultraschall-Geräte werden in diesen Tagen geliefert.

Was immer getan werden kann, werden wir tun, um die von den Menschen in der DDR gewollte Entwicklung zu fördern. Wenn die Mecklenburger und die Schleswig-Holsteiner bedächtig, aber konsequent – wie es ihren gemeinsamen Wesenszügen entspricht – mit aller Kraft am selben Ende desselben Taus ziehen, werden wir alle denselben Nutzen davon haben.

Klaus Murmann Präsident der Arbeitgeberverbände in der BRD



Sie, liebe Landsleute in Mecklenburg, haben im Jahre 1989 Großartiges vollbracht. Eine friedliche und erfolgreiche Revolution dieser Art hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Die ganze Welt bewundert Ihre Erfolge und Ihr Verhalten.

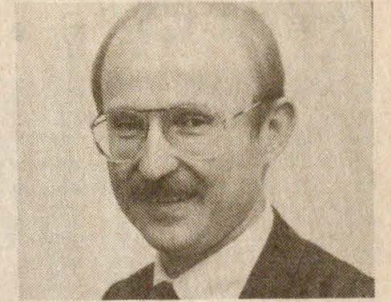
Jetzt kommt es darauf an, diese Besonnenheit und Zielstrebigkeit beizubehalten. Die Reformen müssen weitergehen, und die Entwicklung muß weiterhin gewaltlos bleiben.

Politischer Fortschritt ist die Befreiung vom Druck der Partei, freie Meinungsäußerung und vor allem freie Wahlen im Jahre 1990.

Auch wirtschaftlich kann es bald aufwärts gehen. Angesichts des großen Nachholbedarfs geht das aber nicht ohne privates Kapital. Deshalb ist die Zulassung privater Investitionen von Bürgern der DDR und der Bundesrepublik so wichtig. Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist bereit, sich bei Ihnen zu engagieren. Rund 50 Prozent der Unternehmen suchen bereits Kontakte zu Firmen in Ihrem Land. Das ist für die DDR kein Ausverkauf, sondern ein Einkauf. Wenn wir bei Ihnen investieren, bringen wir Geld, moderne Technik und Erfahrung mit.

So hat der wirtschaftliche Aufstieg in der Bundesrepublik auch begon-

Liebe Sportfreunde,



Neben vielen sportlichen Begegnungen in 1990 freuen sich die Mannschaften des SV Werder Bremen sowie zahlreiche Fans auf das Freundschaftsspiel am 17. Februar 1990 gegen Hansa Rostock in Rostock. Der SV Werder Bremen weiß um seine zahlreichen Fans in Mecklenburg und wird Euch sicher nicht enttäuschen. Aber denkt daran, immer „fair play“; in der Politik, am Arbeitsplatz, unter Freunden und natürlich beim Sport und bei den Sportveranstaltungen.

Also nochmals alles, alles erdenklich Gute für 1990!

Ihr Willi Lemke
SV Werder Bremen

nen. Andere Länder haben investiert bis wir selbst stark genug waren. Die Bundesrepublik hat zum Beispiel sieben Jahre gebraucht, bis die Währung so stark war, daß sie freigegeben werden konnte.

Bei Ihnen kann das schneller gehen, aber Geduld ist trotzdem nötig. In der Bundesrepublik träumen manche von der Nachkriegszeit, wo alle Wege offen standen. Sie sind jetzt in einer ähnlichen Aufbruchstimmung. Das eröffnet Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten für jeden. Wir sind bereit, Ihnen beim Aufstieg zu helfen.

Wenn Norddeutschland wieder wirtschaftlich zusammenwächst, dann ist das zum Vorteil für alle, gerade auch für Sie.

„Was zusammengehört, wird zusammenwachsen!“ hat Willy Brandt gesagt, nachdem die Menschen in der DDR in einer beispiellos friedlichen Revolution ihre Geschicke selbst in die Hand genommen hatten. Daß die Deutschen in den beiden Staatsgebieten Bundesrepublik und DDR sich zusammengehörig fühlen, daran konnte und kann kein Zweifel bestehen.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat das Wort Willy Brandts aufgenommen, aber wachsend hinzugefügt: „Es darf nicht der Versuch gemacht werden, daß es zusammenwuchert.“ Auch er hat recht. Spontaneität und Phantasie müssen sich paaren mit Augenmaß und Vernunft, die verständliche Ungeduld ist nur fruchtbar, wenn sie die Realitäten beachtet.

Die Deutschen sind jetzt dabei, eine gemeinsame Wohnung im „Europäischen Haus“ zu bauen. Vielleicht werden es zunächst getrennte Zimmer sein. Ob sie ein gemeinsames Ehebett beziehen, wird sich am Ende des Prozesses entscheiden.

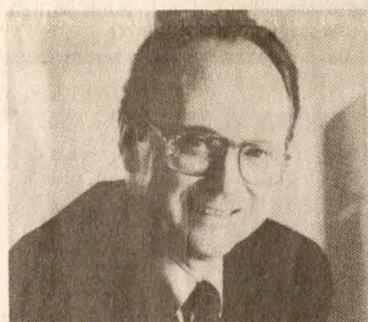
Heiko Hoffmann, Vorsitzender der CDU-Fraktion

Die Volksbewegung in der DDR für Demokratie, Menschenrechte und Freiheit verdient unsere Unterstützung – in moralischer und in wirtschaftlicher Hinsicht. Gefragt sind jetzt keine vorschnellen Patentrezepte, sondern es gilt, besonnen zu handeln – so besonnen wie die Menschen in der DDR ihrer Staatsführung Freiheitsrechte abgetrotzt haben.

Wichtig sind sofortige konkrete Hilfen, insbesondere im humanitären Bereich, freie Wahlen in der DDR, verstärkte Zusammenarbeit bis hin zum Aufbau föderativer Strukturen und Integration dieser Entwicklung in den europäischen Einigungsprozeß. Für die Zukunft sind Formen der Assoziierung zu entwickeln, die die Volkswirtschaft der DDR und Volkswirtschaften der reformorientierten Staaten Mittel- und Südosteuropas an die europäische Gemeinschaft heranführen, und damit das wirtschaftliche und soziale Gefälle auf unserem Kontinent abbauen helfen. Das ist auch eine ganz wichtige Voraussetzung, damit die Menschen in der DDR nicht weiterhin ihre Heimat verlassen, sondern für sich und ihre Familien eine lebenswerte Perspektive in der DDR sehen. Das ist unser existenzielles Interesse im Hinblick auf eine stabile, friedvolle Entwicklung in Mitteleuropa.

Mit dieser Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens auf unserem Kontinent hin, in welchem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Nur miteinander und in einem Klima des wechselseitigen Vertrauens, das alle Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR einschließt, können wir die Teilung Deutschlands in Europa friedlich überwinden.

Wir brauchen auf allen Gebieten Geduld, Besonnenheit, Vernunft und Augenmaß, damit die jetzt begonnene Entwicklung stetig, friedlich und im allseitigen Interesse verläuft. Wichtigste Voraussetzung für das, was gegenwärtig geschehen kann, ist die Begegnung der Menschen. Die Öffnung der Grenzen hat dies ermöglicht. Sie bietet eine ausreichende



Grundlage. Wir müssen sie mit Leben erfüllen, und wir als Schleswig-Holsteiner haben dafür einen besonderen Beitrag zu leisten.

Dazu gehören unter anderem die Verbesserung der Verkehrsverbindungen nach Mecklenburg, die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des Studentenaustausches mit den Hochschulen, verbesserte Jugendbegegnungen in beide Richtungen, der Kulturaustausch, die Förderung der Sportverbindungen mit der DDR sowie das Durchführen von Seminaren, in denen Jugendliche aus der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sich besser kennenlernen können. Ich setze mich dafür ein, daß sich Schleswig-Holstein insbesondere auf enge Beziehungen zu Mecklenburg konzentriert.

Wir können feststellen, daß die außerordentliche Bereitschaft der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, den Landsleuten in der DDR zu helfen, ungebrochen ist.

Der Reformprozeß in der DDR sowie die Demokratisierung Ungarns, Polens und der CSSR müssen in die europäische Einigung eingebunden werden. Ein deutscher Sonderweg wird uns dem Ziel der deutschen Einheit nicht näherbringen. Im Gegenteil: Er würde neue Instabilitäten in Europa schaffen und den ermutigenden Prozeß der Ost-West-Annäherung ernsthaft gefährden. Das erste Ziel ist Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen. Unser Grundgesetz hat uns dies als Verpflichtung auferlegt. Wir halten daran fest – als Angebot an die Menschen in der DDR.

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begleitet die Bürgerinnen und Bürger der DDR, die öffentlich ihre demokratischen Rechte einfordern, mit Respekt und großer Sympathie. Mit ihrem persönlichen Einsatz haben die Menschen den Prozeß der Demokratisierung gewaltlos erzwungen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützt die Reformbewegungen in der DDR. Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vertragsfreiheit sowie Rechtsstaatlichkeit müssen nun gesetzlich verankert und ein Termin für freie und geheime Wahlen muß angesetzt werden.

Praktische und schnelle Hilfe zur Verbesserung der Lebenssituationen der Menschen sind notwendig. Der Bedarf an Informationen über die Organisationsformen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik und der betrieblichen Interessenvertretung sind riesengroß.

Im einzelnen:

- Gegenseitiger Erfahrungsaustausch und praktische Hilfe für die Interessenvertretung der Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR

- Interessenvertretung in Unternehmen und Betrieben
- Mitwirkung im Management (arbeitsdirektorialer Bereich), Beteiligung in Kontrollorganen (Mitbestimmung im Aufsichtsrat), Interessenvertretung durch Betriebsräte (Betriebsverfassungsgesetz), Rolle der Gewerkschaften in Unternehmen und Betrieben (Vertrauensleute)
- Fragen der Organisationspolitik (Aufbau und Gliederung des DGB und seiner Gewerkschaften), Finanzhoheit, Mitgliedsbeitrag, Beitragswesen, Qualifizierung von Hauptamtlichen
- Regelungen der Arbeits- und Wirt-

schaftsbedingungen durch Tarifverträge

- Organisationsprinzipien der Gewerkschaften und der Bundesrepublik (Parteienunabhängigkeit, Einheitsgewerkschaft, Rechte/Streikrecht, Durchsetzungsmöglichkeiten)
- Gegenstand von Tarifverhandlungen

In den Reformgruppen, Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen der DDR wird derzeit intensiv über neue Konzeptionen zur Interessenvertretung von Arbeitnehmern im Rahmen eines zu entwickelnden neuen Wirtschaftssystems diskutiert.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Landesbezirk Nordmark bietet allen Multiplikatoren in der DDR – vor allem ein Informationsangebot – an, um über neue Konzeptionen nachzudenken.

Hamburg, den 27. Dezember 1989
Peter Deutschland
Mitglied des geschäftsführenden DGB-Landesbezirksvorstandes



MfS . . . ANS . . . und wie weiter?

Die Kreisämter des ehemaligen MfS sind aufgelöst, die Mitarbeiter der Bezirksämter sind beurlaubt, die vorhandenen Unterlagen, technische Einrichtungen und Waffen wurden gesichert.

Das mußte sein und ist gut so, denn die flächendeckende Bespitzelung, das dadurch geweckte Mißtrauen unter den Menschen und das Gefühl der Rechtlosigkeit und des Ausgeliefertseins diesem Apparat und seinen Leuten sind tief in uns verwurzelt – ein „Neuanfang“ innerhalb alter Strukturen ist nicht möglich.

Es ist aber entschiedene Kritik an „Herrn“ Schwanitz und unserer Regierung über die Art und Weise dieses notwendigen Schrittes zu üben, aus dreierlei Gründen:

1. Das ehemalige MfS darf seinen Mitarbeiter nicht einfach entlassen und sich für nichts mehr verantwortlich fühlen! Wo soll das hinführen, wenn diese Leute z. T. aus der Zeitung (nicht von ihren Vorgesetzten) erfahren haben, daß die Kreisdienststellen aufgelöst werden, wenn sie jetzt größtenteils ohne Arbeit und Rechtssicherheit dastehen? Ist dieser weitere für unser Land destabilisierende Faktor bewußt gesetzt worden oder durch wieder mal nicht gründlich zu Ende durchdachte Entscheidungen zustande gekommen?

2. Die Stasi mußte weg, aber gleichzeitig hätte deutlich geklärt sein müssen, welche Bereiche mit welchen Mitarbeitern ihre Arbeit weiterführen müssen (im Interesse der Menschen unseres Landes), in welchem dienstlichen Rahmen, mit welchen Befugnissen, auf welchen gesetzlichen Grundlagen, mit welchem Unterstellungsverhältnis, welchen Rechenschaftspflichten und Kontrollmöglichkeiten.

Als notwendige Bereiche kann man die Arbeit im Ausland, Spionageabwehr (auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet) sowie die Bekämpfung von Terrorismus, Neofaschismus und anderen extremen, die Demokratie beeinträchtigenden Gruppen sehen. Alle anderen bisherigen Aufgaben und Aktivitäten der ehemaligen Stasi widersprechen einer Demokratie und seinem Verständnis von Menschenrechten oder sind nicht Aufgaben eines Geheimdienstes!

3. Es ist bis heute nicht geklärt, zu welchem Zweck die Unterlagen gesichert werden, wie, durch wen und mit welchen Zielen sie anschließend gesichtet und ausgewertet werden sollen!



Es ist dringend notwendig, daß in diesen 3 Punkten umgehend tragfähige Entscheidungen getroffen werden (und daß unsere Regierung insgesamt ihre Verantwortung bei unserer friedlichen Revolution umfassend wahrnimmt, indem sie notwendige Maßnahmen sinnvoll entscheidet) und diese Entscheidungen durchsetzt).

–js/ts–

Schuldig?

Die Menschen haben in diesem Lande die Sprache wiedergefunden. In der DDR hat die wahrscheinlich friedlichste Revolution der deutschen Geschichte stattgefunden.

Das Wort aus dem Munde Hunderttausender von Menschen wurde zur

mächtigen Waffe, und die Kerze in der Hand zum eisernen Schild.

Wünsche, Hoffnungen, Forderungen. Millionenfach wurden sie auf den Demonstrationen artikuliert oder in den verschiedensten Formen und Varianten auf Plakaten und Transparenten dargestellt. Die Mächtigen wurden zum Dialog gefordert. Verfehlungen

und Amtsmissbrauch, sie wurden und werden aufgedeckt. Die Schuldigen sollen bestraft werden, ohne Rücksicht auf Alter und ehemalige Positionen. Täglich wird der Berg des Unrats höher und fängt bald an zu stinken. Wirtschaftlich ist die Talfahrt noch nicht beendet. Eigentlich weiß noch niemand so genau, wo das alles hinführen soll.

Die Schuldigen sind bekannt. Haben wir diese Schuldfrage aber in jeder Beziehung richtiggestellt? Wenn jemand uns auf der Montagsdemo mit den anderen Seiten der Schuldfrage konfrontiert, pfeifen wir ihn aus. Wir halten es mit den drei Affen: nichts sehen – nichts hören – nichts sagen – nur ein Pfeifkonzert.

Da beklagen wir uns über so viele Dinge, die uns in den letzten Jahren gestört, behindert und entwürdigt haben. Wir wollen Demokratie in diesem Land. Aber Demokratie für alle!?

Sind an dieser Entwicklung in der DDR wirklich nur 2 Millionen SED-Mitglieder und Tausende Stasi-Mitarbeiter schuld? Ist das Demokratie, wenn diese Menschen jetzt ausgegrenzt, beschimpft und bedroht werden?

Wenn wir diese Revolution friedlich beenden wollen, dann müssen auch diese ein Recht auf einen neuen Anfang haben. Lassen wir uns von den Wendehälsen nicht blenden!

Es gibt einen Satz, den sollten wir jetzt wieder zitieren: Vertrauen wagen!

Tausende riefen auf der Straße: „Stasi in die Volkswirtschaft!“. Warum will sie denn jetzt keiner? Ob sie in Zukunft wieder Meldungen abgeben werden, das bestimmen wir. Oder haben wir zu unserer Revolution kein Vertrauen mehr? Warum wollen einige Betriebe keine Genossen einstellen? Da klingt mir das Wort „Sippenhaft“ schon wieder in den Ohren. Soweit sollten wir es nicht kommen lassen.

Was machen wir mit jenen, die es hier angeblich nie gab und die jetzt schon wieder mehr und mehr in den Vordergrund treten? Auch diese „Bewegungen“ werden immer selbstbewußter. Noch ist für sie Herr Schönhuber der „nette Herr“ aus der Bundesrepublik. Es ist zu hoffen, daß er uns nicht in nächster Zeit einen Besuch abstattet.

Was erbten wir von Margot Honecker?

Es gibt eine Verfügung und Mitteilung des Ministeriums für Volksbildung, die folgendes besagt:

Wenn bei Abschluß eines Lehrvertrages durch den Lehrling bzw. dessen gesetzlichen Vertreter die Teilnahme an der vormilitärischen Ausbildung, insbesondere der Dienst mit der Waffe, grundsätzlich verweigert wird, so kann kein Lehrvertrag abgeschlossen werden.

Wird nach Abschluß des Lehrvertrages die vormilitärische Ausbildung mit der Waffe grundsätzlich verweigert, so ist der Lehrvertrag zu kündigen und der Jugendliche in ein Hilfsarbeiterverhältnis zu übernehmen. Für die Dauer von drei Jahren besteht kein gesellschaftliches Bedürfnis des Erwerbs einer Facharbeiterausbildung im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung.

Wie viele solcher oder ähnlicher Verfügungen, Mitteilungen oder Gesetze, nicht nur aus dem Volksbildungsministerium, mag es wohl noch geben?

Anm. d. R.: Da uns diese Verfügung leider nicht im Original vorliegt, war nur eine sinngemäße Wiedergabe möglich, die vom Kern her richtig ist. Wir bitten diejenigen Bürger, die diese Verfügung oder ähnliche zufällig besitzen, sie uns leihweise zu überlassen bzw. Nummer und Erscheinungsdatum mitzuteilen.

So nicht, Herr Gysi!

Auf einem gerissenen Fundament sollte man kein neues Haus errichten. Es nutzt auch nichts, dieses Fundament zu erweitern, wenn nicht im Verbund gemauert werden kann.

Für diesen Verbund steht Ihnen die Sozialdemokratie in der DDR nicht zur Verfügung. Ihr Versuch, sie praktisch im Vorbeigehen zu vereinnahmen, wird scheitern. Ihre Partei hat kein Recht, sozialdemokratische Traditionen für sich zu beanspruchen.

Bereits einmal ist die deutsche Sozialdemokratie in dieser Umarmung erstickt.

Wir erinnern daran, daß vor 1933 die KPD ca. 600 000 und die SPD 1,8 Millionen Mitglieder hatte. In Schwerin, unserer Heimatstadt, waren es am 30. April 1946, einen Tag vor der sogenannten Vereinigung, 4371 KPD- und 8676 SPD-Mitglieder. Nur kurz nach der „Vereinigung“ waren in der neuen SED die Leitfunktionen noch paritätisch besetzt, aber schon 1950 tauchten nur noch ehemalige KPD-Mitglieder als



Leitungskader auf. Ähnlich verhielt es sich bei der Besetzung der Leitungsfunktionen in den neu entstandenen gesellschaftlichen Organisationen. Den Rest, 40 Jahre danach, kennen Sie.

Nun versuchen Sie erneut und demagogisch, die Tradition dieses Einheitsgedankens zu beleben. Aber nicht mit uns!

Hat nicht der Marxismus-Leninismus immer und auch mit Gewalt den Reformismus der Sozialdemokratie bekämpft? Nun wollen Sie davon lernen?

Wurden 1946 die Verfechter eines demokratischen Sozialismus in der SPD nicht von Ihren Ahnen „Arbeiterverräter“ genannt? Nun wollen Sie diesen demokratischen Sozialismus errichten?

Ihr Umarmungsversuch ist ein Würgegriff! Darauf fallen wir nicht noch einmal herein.

Die deutsche Sozialdemokratie ist nach 40 Jahren beispielloser Unterdrückung mündig und bedarf keiner Gouvernante.

Die SPD ist auferstanden aus den Ruinen Ihres ideologischen Dogmas, die Traditionen der Sozialdemokraten fortzuführen. Ohne Sie, Herr Gysi!

Wir werden Ihnen nicht überlassen, was Ihnen nicht gehört!

**Die Sozialdemokraten
– Ortsverband Schwerin –**

Schon wieder Ausländerfeindlichkeit?

Mit Sorge und Nachdenklichkeit erfüllt uns die wachsende Auseinandersetzung der VR Polen mit der DDR aufgrund der Handels- und Zollbeschränkungen zum Schutze des Binnenhandels vom 23. 11. 89.

Die polnische Regierungszeitung „Rzeczpolitika“ berichtet, daß in der DDR beschäftigten polnischen Bürgern Einkäufe jeglicher Art, einschließlich Lebensmitteleinkäufe, verweigert werden. Weiter ist von Hinweischildern an Geschäften die Rede, auf denen zu lesen ist: „Verkauf nur an DDR-Bürger“. Schwer trifft uns der erhobene Vorwurf, daß Assoziationen an die Zeit der Hitlerokkupation geweckt werden (so berichtet in: SVZ vom 4. 12. 89, S. 5).

Wir bitten darum alle Bürger: Lassen Sie sich nicht in antipolnische Stimmungen hineintreiben! Klischee-Meinungen treffen nie die Wahrheit! Geschäftemachern muß durch die zuständigen Organe das Handwerk gelegt werden. Bedenken wir aber, daß es überall Menschen gibt, die sich unredlich bereichern.

Zollvergehen an der deutsch-deutschen Grenze belegen das auch für DDR-Bürger zur Genüge. Einzelne Schwarze Schafe“ dürfen keinen Schatten auf ein ganzes Volk werfen.

Pflegen Sie freundschaftliche Beziehungen zu unseren polnischen Nachbarn und wirken Sie so einem Trend entgegen, der uns an dunkle Zeiten in der deutschen Geschichte erinnert.

SDP (Güstrow)

Wirtschaftsreform in der DDR aus sozialdemokratischer Perspektive

Die Diskussion um das zukünftige Wirtschaftssystem in der DDR – ob Markt- oder Planwirtschaft, planorientierte Markt- oder marktorientierte Planwirtschaft – ist ein Luxus, den wir uns nicht länger leisten können. Im Blick auf die Existenz der DDR ist die Frage nicht, ob sie sich auf dem Gebiet der Wirtschaft gegenüber der Weltwirtschaft öffnet, sondern wie und wie schnell sie es tut. Deshalb ist die einzige wirtschaftliche Perspektive die Eingliederung unserer Industrie in die internationale Arbeitsteilung unter den Bedingungen einer marktorientierten Wettbewerbswirtschaft.

Die anhaltende Abwanderung qualifizierter DDR-Bürger ist ökonomisch nicht mehr lange zu verkraften, wenn gleich dieser Strom vorerst nur abgremst, nicht aber gestoppt werden kann. Des weiteren hat sich ab 24. Dezember 1989 durch den Wegfall des Mindestumtausches die D-Mark als Zweitwährung in der DDR ausgebreitet, so daß wir harte soziale Spannungen zu erwarten haben.

Soll der 6. Mai ein sinnvoller Tag in der DDR-Geschichte werden, dann müssen die entscheidenden Schritte der Wirtschaftsreform mindestens eingeleitet sein. Das ist das Problem, dem sich alle Parteien und die Wirtschaft zu stellen haben.

Im Vergleich zu anderen osteuropäischen und einigen westeuropäischen Staaten ist unsere ökonomische Ausgangsposition nicht so katastrophal, wie sie allgemein diskutiert wird. Trotz nach wie vor fehlender Information über den Zustand der Wirtschaft insgesamt gibt es Industriezweige und -betriebe, die nicht oder nicht weit vom Weltmarkt entfernt arbeiten. Ein größeres Problem ist die Konsumgüter- und Zulieferindustrie.

Die DDR ist als Wirtschaftsraum dank ihrer geopolitischen Lage ein günstiger Industriestandort, zumal sich durch den Umbruch im Osten ihre Ausstrahlung auf zukünftige Märkte verstärken kann. In der DDR ist der Qualifizierungsgrad der Arbeiterschaft vergleichsweise gut, obwohl im Zuge der Wirtschaftsreform Umschulungen notwendig werden, hauptsächlich aus dem Verwaltungsbereich.

Ausgangsposition

Außerdem liegen uns Reform Erfahrungen Ungarns, Polens und der Sowjetunion vor, die wir für uns auswerten können: Polen versucht die Reform der Wirtschaft in einem einzigen Anlauf und produziert dadurch gewaltige soziale Probleme. Ungarn geht langsamer vor, bringt Korrekturen ein und macht Rückschritte vor allem in der Investitionspolitik, wobei sich die Reformgeschwindigkeit erhöhen wird, und die Sowjetunion hat wegen ihres starren und überdimensional-zentralistischen Wirtschaftsblockes noch nicht einmal den Anfang einer Reform erreicht.

Für uns ist eine fließende, ineinandergreifende, aber zügige Reform nötig, die bei möglichst gleichbleibender Produktion die schnelle Konvertibilität der DDR-Mark und längerfristig ihre Eingliederung in die Europäische Währungsunion zum Ziel hat. Das übergeordnete Ziel für uns Sozialdemokraten ist es jedoch, durch die Wirtschaftsreform Mittel frei zu bekommen, und die anstehenden sozialen und ökologischen Ausgaben tätigen zu können – als Voraussetzung für die Wahrung der DDR-eigenen Identität und ihrer Souveränität und zugleich als Voraussetzung, einen zügigen deutschen und europäischen Einigungsprozeß zu ermöglichen.

Um dieses zu erreichen, sind zwei Phasen der Reform wichtig, die mit den Stichworten 1.) Umbau und 2.) Aufbau der Wirtschaft gekennzeichnet werden können.

Die bisherige Subventionspolitik ist zügig aufzugeben. Damit verbunden werden muß eine Preisreform, die die Produktionskosten und die Knappheiten sowie den Einsatz der Ressourcen berücksichtigt. Für bisher subventionierte Billigprodukte und Dienstleistungen bedeutet das eine Preissteigerung (Lebensmittel, Verkehrstarife, Mieten, Energie), für hochtechnisierte Industrieprodukte eine Preissenkung (Elektrotechnik, Möbel). Die 50 Mrd. Mark Subventionen des Staatshaushaltes sollten als soziale Transferleistungen auf die Bevölkerung verteilt werden – das wäre eine monatliche Zahlung von ca. 200 Mark pro Kopf.

Notwendige Schritte

Die Wirtschaftsreform bringt die Spareinlagen der Bevölkerung in Gefahr. Deshalb ist eine Umwandlung der Spareinlagen in Besitz (Wohnungen) oder Produktivvermögen anzustreben. Durch Volksaktien kann das sogenannte Volkseigentum wirkliches Eigentum des Volkes werden. Dadurch wird das Spargut der Bevölkerung durch die Wirtschaftsreform gerettet, die Verschuldung des Staates wird abgebaut und die aus dem Verkehr gezogene Geldmenge verhindert eine inflationäre Entwicklung, die der zügigen Konvertibilität der DDR-Mark entgegenstreben würde.

Ein neues Bankensystem muß aufgebaut werden, in dem eine Notenbank eine eigenständige und wichtige Verantwortung im Blick auf die Geldwertstabilität wahrzunehmen hat. Daneben muß schnell ein Geschäftsbankensystem eingerichtet werden, das regional wirksam werden kann. Diese Geschäftsbanken helfen klein- und mittelständischen Betrieben bei Gründungen eigener Existenzen durch die Vergabe von Krediten. Diese Betriebe werden hauptsächlich die Konsumgüterproduktion und die Zulieferindustrie stärken. Der Gewerbebank beigeordnet wird eine Investitionsprüfungskommission, die sowohl die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt als auch die Kreditvergabebedingungen in der Anfangsphase begleitet. Mitglieder der Kommission sind bis zum 6. Mai Vertreter aller Parteien (danach die Regierung), die Bank und möglicherweise die Kreditgeber. Über die Rückzahlungsmodalitäten ist eine Übergangslösung zu vereinbaren – möglich wäre eine Konzeption, bei der die Rückzahlung zwischen Kreditnehmer und Gewerbebank erst nach dem Einrichten eines Devisenbinnenmarktes einsetzt.

Es müssen Überlegungen angestellt werden, wie im Inland die notwendigen Grundmittel und Investitionsgüter, Hochtechnologien und das notwendige Know-how den entsprechenden Betrieben angeboren werden kann. Dazu sind schnelle Verhandlungen mit dem Westen nötig. Möglich ist die Gründung eines DDR-Handelsunternehmens, das diese Aufgaben übernimmt.

Bestehende Großbetriebe (Kombinate) sind nach ihrer Effizienz und internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu priorisieren. Leistungsfähige Großbetriebe sollten in die Lage versetzt werden, Kapital und westliche Technologien aufzunehmen und unter der Perspektive ihrer Wettbewerbssteigerung zu investieren. Hier könnten relativ schnell, noch in diesem Jahr, Produktionsverbesserungen erreicht werden (Textilindustrie, Elektrotechnik, Feinmechanik u. a.). Die Bevölkerung kann schon bald die Wirksamkeit der Wirtschaftsreform erkennen.

Weniger effektive Großbetriebe müssen entflochten oder verkleinert werden. Diese Betriebe haben gute Möglichkeiten, Gemeinschaftsunternehmen mit westeuropäischen Firmen zu gründen.

Eine marktorientierte Wettbewerbswirtschaft fördert den Lei-

stungszwang. Deshalb ist eine leistungsorientierte Entlohnung für die Betriebsleitung (Management) und die Arbeiterschaft notwendig. Das bringt ein größeres Lohngefälle mit sich, ohne das jedoch kein Leistungsanreiz zu organisieren ist.

Die erste Stufe der Wirtschaftsreform ist erreicht, wenn diese Umstrukturierung abgeschlossen und die Wettbewerbsfähigkeit sichtbar gestiegen ist. Am Ende dieser Stufe kann ein Binnendevisenmarkt eingerichtet werden, an dem Betriebe und Privatpersonen zu einem festen Umrechnungssatz D-Mark kaufen und verkaufen können. Diese Stufe kann in zwei Jahren abgeschlossen sein. Die zweite Stufe ist gekennzeichnet durch den zügigen Aufbau der Wirtschaft und den weiteren Ausbau der Infrastruktur. In dieser Phase ist eine maßvolle Sparpolitik der Regierung, getragen von verantwortlichem Sparverhalten der Bevölkerung wichtig, um die Industrie mit den notwendigen Investitionsmöglichkeiten zu versorgen. Die DDR-Mark wird über einen längeren Zeitraum unterbewertet bleiben müssen. Je zügiger die DDR-Industrie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erreicht, desto zügiger kann der Binnendevisenmarkt in die Konvertibilität der DDR-Mark umgewandelt werden. Für diese Phase ist eine Unterstützungsleistung aus der Bundesbank im Blick auf die Kursstabilität außerordentlich hilfreich. Die Unternehmen arbeiten jetzt eigenständig und sind für ihren Export ebenso wie für ihre Liquidität verantwortlich.

Sozialdemokratische Politik ist jedoch verpflichtet, die sozialen und ökologischen Sicherheiten zu gewährleisten. Deshalb halten wir folgende sozialpolitischen Schritte, die die Wirtschaftsreform begleiten, für wichtig:

● Um eine entstehende Arbeitslosigkeit einzudämmen, sollten Umschulungseinrichtungen und eine Umschulungsversicherung staatlich gefördert werden. Die notwendigen

Umschulungen können von den Betrieben nicht geleistet werden.

● Die Gewerkschaften müssen bei ihrer Rollenfindung und ihrer Strukturierung unterstützt werden. Hier dürfen wir nicht viel Zeit verlieren. Sie müssen in die Lage versetzt werden, Tarifverhandlungen im Interesse ihrer Mitglieder zu führen. Weiterhin sollten sie in die Erarbeitung eines Betriebsverfassungsgesetzes (Mitbestimmungsproblem) integriert werden.

● Durch entsprechende Gesetzgebung müssen wir die Identität und Souveränität der DDR sichern. Dazu gehört u. a., daß der Grund und Boden keiner Spekulation preisgegeben wird. Privates Kapital erhält ausschließlich das Nutzungsrecht, aber kein Verfügungsrecht über Immobilien. Durch die klaren Eigentumsverhältnisse in der DDR sind hier die Voraussetzungen gut.

Ausländisches Kapital sollte in Einzelunternehmen mit einer Maximalbeteiligung von 49 Prozent zugelassen werden.

Die Medien, insbesondere die elektronischen Medien, werden bzw. bleiben öffentlich-rechtliche Einrichtungen.

● Durch eine ausgewogene Finanz- und Steuerpolitik müssen die sozialen Sicherheiten der Bevölkerung gewahrt bzw. ausgebaut werden. Umweltinvestitionen sollten staatlich unterstützt werden.

● Beim Ausbau der Infrastruktur haben soziale und ökologische Kriterien Vorrang vor ökonomischen Gesichtspunkten. Das bedeutet etwa, daß der Güterfernverkehr weitgehend auf die Schiene verlagert werden muß.

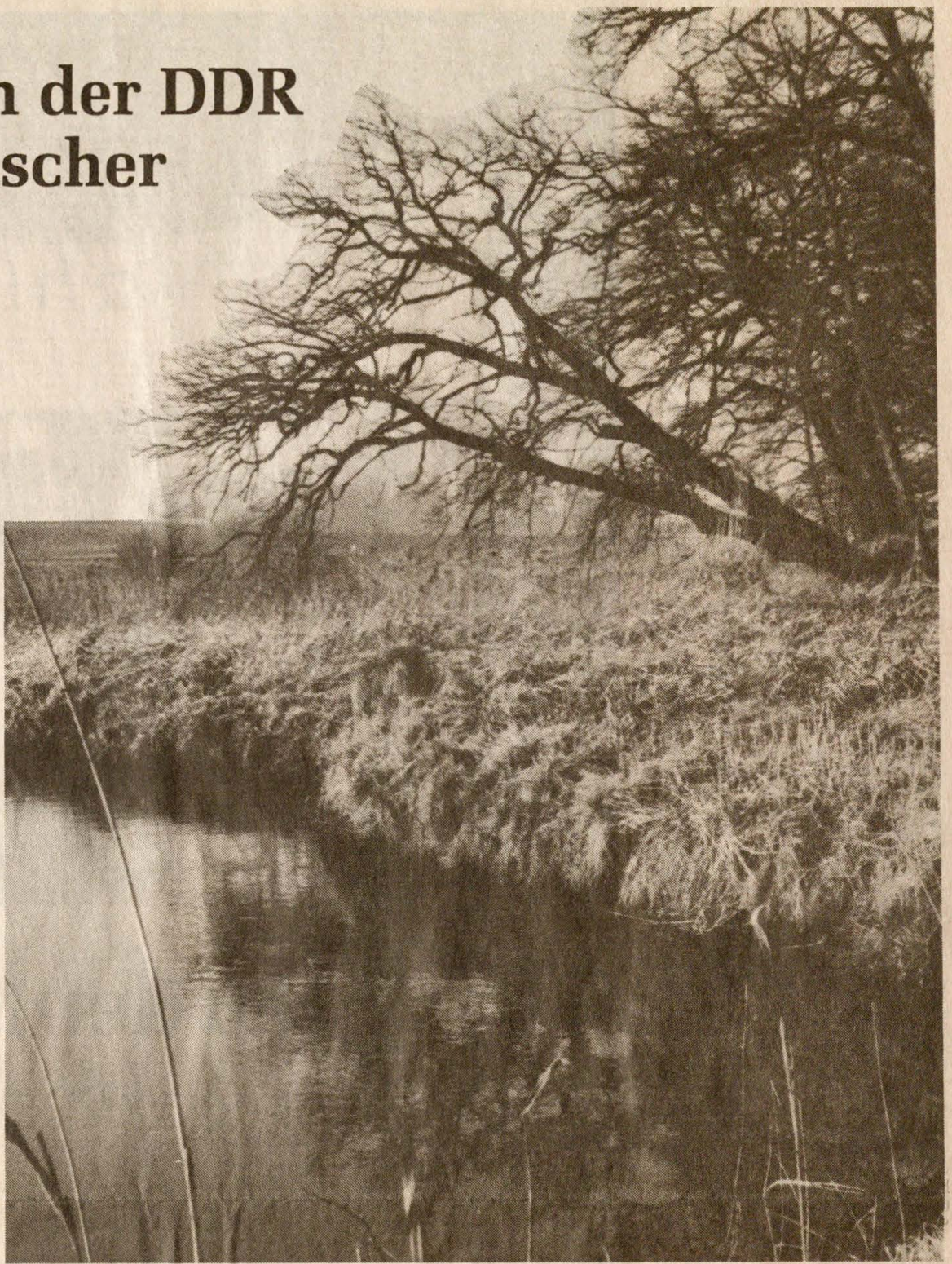
Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik erkennt die gesamteuropäische Perspektive unter dem Aspekt gemeinsamer Sicherheit. Durch die hohen Außenhandelsverpflichtungen der DDR mit der Sowjetunion und den anderen RGW-Staaten wird sie

ihre Wirtschaftspolitik in die sicherheitspolitische Konzeption integrieren, zumal in Zukunft die Frage der europäischen Sicherheit nicht mehr nur militärische Abrüstungsverhandlungen, sondern wirtschaftliche, ökologische und soziale Bereiche betreffen. Daher ist sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Blick auf die Globalisierung der Entwicklungsprobleme solidarische Politik. Die KSZE-Verhandlungen sind für diese Themen zu nutzen, da in absehbarer Zeit der RGW sich vollständig aufgelöst haben wird.

Wenn gegenwärtig die Frage nach der deutschen Einheit für die Bevölkerung der DDR auch im Vordergrund steht, so ist jedoch ein sofortiger Zusammenschluß beider deutscher Staaten unrealistisch. Allerdings wird die DDR mit zunehmender internationaler Integration, besonders im Blick auf die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft, vor diese Frage gestellt werden. Deshalb ist es noch einmal wichtig, daß die DDR außenpolitisch aktiv wird – auch im Blick auf ihre Theoriebildung – um gesamteuropäische Voraussetzungen anzustreben, die dann eine für die deutschen Staaten und alle anderen Staaten akzeptable Lösung ermöglicht. Hierfür sind alle politischen Kräfte der BRD zu gewinnen, die ebenfalls diese Frage in europäischer Perspektive zu lösen beabsichtigen.

Berücksichtigt man etwa, daß die Verhandlungen zwischen der EG und Portugal/Spanien von der Antragstellung um Mitgliedschaft bis zur Aufnahme acht Jahre betragen haben, kommt eine realistische Zeitperspektive in den Blick, besonders auch hinsichtlich der Frage nach der deutschen Einheit, da die BRD nicht aus der EG auszutreten beabsichtigt. Sozialdemokratische Politik in der DDR sollte also von ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik her Elemente der Versachlichung in die gegenwärtige Diskussion einbringen.

Dr. Gottfried Timm (SDP)



Noch ein Plan

„Konföderation“ – „10-Punkte-Plan“ – „Wiedervereinigung“ und andere Zauberwörter schwirren durch die Medien. Wir stellen den Drei-Stufen-Plan der Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ vor. Dieser Plan setzt einige Akzente, die die Diskussion bereichern können:

Erste Stufe

– Durchführung grundlegender politischer und gesellschaftlicher Reformen in der DDR in einem Reformbündnis mit unseren osteuropäischen Nachbarn

– ökonomische und ökologische Konsolidierung der DDR unter Mithilfe der Bundesrepublik Deutschland und der anderen europäischen Länder durch Einführung einer rechtsstaatlich an das Gemeinwohl gebundenen Marktwirtschaft

– Durchführung freier Wahlen und Aufbau eines demokratischen Systems in der DDR

– Erarbeitung einer neuen Verfassung der DDR, in der auch die Einheit der Nation und das Ziel der staatlichen Einheit der Deutschen verankert sind; Verabschiedung durch einen Volksentscheid, Wiederherstellung der Länderstruktur und weitgehende Dezentralisierung; Reduzierung der Zentralgewalt

– Einleitung von sozialen und gesellschaftlichen Reformen in der Bundesrepublik Deutschland, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zur deutlichen Dämpfung der Arbeitslosigkeit und zu mehr Umweltverträglichkeit in Produktion und Konsumtion führen

– Weitere Dezentralisierung und Stärkung der Länderstruktur in der Bundesrepublik Deutschland

– Beginn eines deutsch-deutschen Abrüstungsprozesses im Rahmen der Bündnisse

– Einberufung einer DEUTSCHEN NATIONALVERSAMMLUNG aus Bürgerinnen und Bürgern beider Staaten zur Annäherung und demokratischen Willensbildung in der deutschen Frage.

Zweite Stufe

– Ausbau des Grundlagenvertrages zwischen der BRD und der DDR durch einen Nationalvertrag

– Zusammenschluß zu einem Staatenbund und Schaffung einer dualen deutschen Staatsbürgerschaft

– Doppelmitgliedschaft der beiden Staaten in der EG und im RGW

– Beteiligung der europäischen Völker am deutschen Einigungsprozess im Rahmen der KSZE

– Ruhende Mitgliedschaft in Warschauer Pakt und Nato, Fortsetzung der Entmilitarisierung unter gesamt-europäischer Beteiligung und Reduzierung des alliierten Militärpotentials

– Schaffung eines Entwicklungsfonds aus den durch Abrüstung eingesparten Mitteln; Stützung wirtschaftlich benachteiligter Länder und Beihilfe zur ökologischen Rekonstruktion besonders belasteter Gebiete aus diesem Fonds

– Erste Schritte zur Herstellung der wirtschafts-, finanz- und steuerpolitischen Einheit

– Vorbereitung eines deutsch-deutschen Volksentscheids zur Frage der staatlichen Einheit.

Dritte Stufe

– Abschluß der Entmilitarisierung und des Rückzugs der Alliierten Mächte

– Verabschiedung eines KSZE-Vertragswerkes, das für alle europäischen Staaten den Charakter eines endgültigen Friedensvertrages hat (EUROPÄISCHER FRIEDENSVERTRAG)

– Volksentscheid über die politische Einheit in einem BUND DEUTSCHER LÄNDER

– Schaffung einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft

– International bindende Verpflichtungen zur Mitwirkung am Entstehen einer neuen solidarischen Weltwirtschaftsordnung

– International bindende Verpflichtung zur vollen Realisierung einer umweltschützenden Produktionsweise.



Gegen den deutschen Egoismus

„Sind das alles nicht Illusionen?“ – Worauf bezieht sich diese Frage? – Eine Gruppe von christlichen und marxistischen Freundinnen und Freunden ist mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gegangen: Schließt euch zu „Vereinigten Bürgerinitiativen für einen neuen Sozialismus“ zusammen! Sie können die sozialistische Vision nicht preisgeben, weil sie zur politischen Konsequenz ihrer christlichen, marxistischen und humanistischen Grundüberzeugungen gehört. Sie wollen es nicht, weil von der Gestaltung dieser Vision die Identität des Staates „DDR“ abhängt. Gleich zwei Illusionen auf einem Haufen?

Und welches wären die weniger illusorischen Standpunkte? – „Der Sozialismus hat abgewirtschaftet“? Schnelle „Wiedervereinigung Deutschlands“? Warum sind sie mir beide unheimlich? Sie machen beide „Deutschland“ (= die beiden deutschen Staaten) zum Nabel der Welt. Kann über die sozialistische Vision wirklich in 40 Jahren DDR-Geschichte entschieden worden sein? Gibt es wirklich kein Bedürfnis mehr in der Welt für eine Alternative zu einem kapitalistisch bestimmten Wirtschaftssystem und seine (globalen!) gesellschaftlichen Folgen? Und „Wiedervereinigung“? Wie soll es dann wieder werden? Das Geschrei von Dresden beim Kohl-Besuch hat tatsächlich manche Ältere an eine Vergangenheit erinnert, und sie haben Angst bekommen. Wie mag es erst mit der Angst jenseits der östlichen und westlichen deutschen Grenzen bestellt sein? Wer zur Geschichtsblindheit herausfordert, dessen Appelle für „Augenmaß“ werden ungehört verhallen.

Nein, es soll nicht etwas wieder werden! Es soll etwas neu werden! Haben wir dafür Aussichten? Diese Frage läßt sich nicht mit pauschalen Feststellungen beantworten. „Der Sozialismus hat abgewirtschaftet“ – das ist so eine pauschale Feststellung. Nicht, daß der Sozialismus abgewirtschaftet hat, ist die globale Krise der Gegenwart, sondern daß der Kapitalismus wirtschaftet und in der DDR und Osteuropa die Ansätze zu einer Alternative durch den stalinistisch-administrativen „Sozialismus“ kaputtgemacht worden sind. Ist aber

dadurch Rosa Luxemburg noch einmal und ganz anders ermordet worden? Ist dadurch die deutsch-nationale Mülldeponie zum Gartenland geworden? Verhungern die Kinder in der 3/4-Welt nicht mehr, oder kann man über ihre 40 000 Leichen täglich zu einer deutschen Tagesordnung übergehen? Ich kann die Sehnsüchte vieler bisheriger DDR-Bürger verstehen und ihre Verbitterung über verrätene und verlorene Jahrzehnte ihres Lebens, aber ich kann nicht einem faktischen deutschen Egoismus das Wort reden.

Und ich kann nicht die Selbstzufriedenheit vieler Bundesbürger bestätigen, die ihren Wohlstand für ihre wohlverdiente „Leistung“ halten. Sie leben doch nicht allein auf ihre eigenen Kosten. Ich glaube, daß es sehr schwer ist, sich dies einzugestehen.

Wir sind in der DDR wirtschaftlich am Boden. Aber ist die BRD wirklich der „Gipfel“, auf den wir müssen, wollen, sollten? Wir in der DDR sind nicht nur am Boden; wir sind doch auch in einem gesellschaftlichen Aufbruch, der aus allen Enttäuschungen und aus aller Scham heraus unser Werk ist. Ist es eine Illusion, zu glauben, aus diesem Aufbruch könnte etwas Neues werden?

Ich mag nicht um Worte streiten; mag sein, daß wir für dieses Neue auch einen neuen Namen finden. Wichtig ist, daß wir uns bewußt machen, wohin wir wollen. Wir sind doch nicht aufgebrochen zur „Wiedervereinigung“, sondern zu einer demokratischen, gerechteren, mitmenschlichen Gesellschaftsgestaltung. Kann sein, daß viele Bürgerinnen und Bürger der BRD zu solchem Aufbruch in ihrem Land zur Zeit wenig Veranlassung sehen. Aber sie werden doch nicht im Ernst etwas dagegen haben wollen, daß in einem anderen deutschen Staat auch noch etwas anderes gesucht und versucht wird.

Natürlich wollen wir in diesem Aufbruch nicht vergessen, daß wir Deutsche sind. Die gemeinsame Geschichte wird uns daran erinnern. Die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft – nicht nur der Deutschen, sondern Europas – wird unsere besondere Gemeinschaft fördern. Diese besondere Gemeinschaft konnte sich lange Zeit nur – gelinde gesagt –

begrenzt ausleben. Deshalb konnte nicht verwundern, was geschah, als die Grenze plötzlich offen war. Aber jetzt müssen wir langsam anfangen, in dieser Offenheit unsere deutsche Gemeinsamkeit zu gestalten. Von allen Stichworten, die dafür angeboten werden, gefällt mir das Stichwort „Bund“ am besten (mag sein, weil es auch ein biblisches Hauptwort ist).

In einem Bund können nämlich recht unterschiedliche Partner zur besonderen Gemeinschaft miteinander kommen. Sie könnten miteinander lernen, Besonderes des jeweils anderen auch als eigene Bereicherung anzusehen. Ein solcher Bund wäre auch für „Außenstehende“ nicht bedrohlich, sondern eher einladend. Er müßte nicht ein „deutscher Bund“ bleiben.

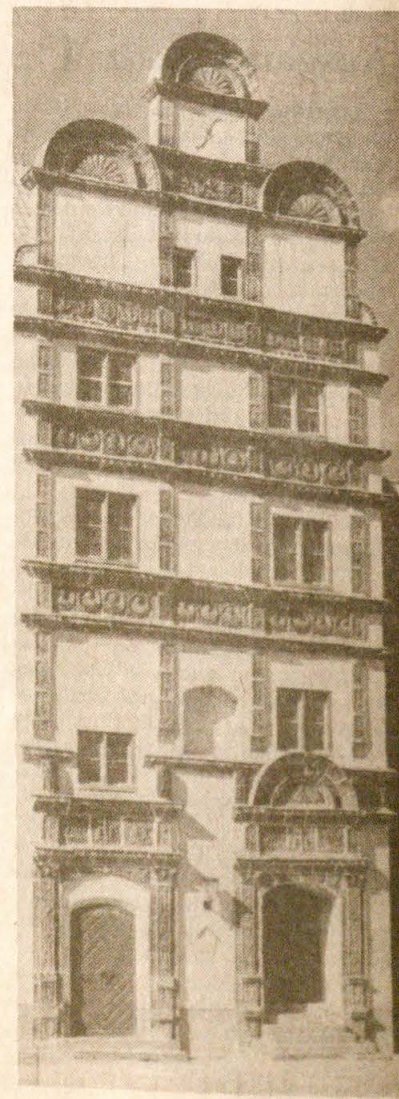
Was ich neulich bei einer Akademietagung in Bad Segeberg Führungskräften des Bundesgrenzschutzes vorgeschlagen habe, könnte unsere gemeinsame Aufgabe werden: die Grenze zwischen den unterschiedlichen Partnern eines Bundes in ihrer Offenheit und „Verbindlichkeit“ schützen. Sollte denn eine deutsche Nation nicht in zwei deutschen Staaten leben können? Wie lange? Mal sehn! Jedenfalls sollte doch ihre eventuelle künftige „Einheit“ die Erneuerung beider einschließen.

Alles Illusion, weil die wirtschaftliche Misere keinen Spielraum mehr läßt für eine irgendwie eigenständige Entwicklung der DDR? Keine Frage, es kann so sein. So tief sind wir gesunken (worden). Was wir so mühsam von den Marxisten gelernt haben: die ungeheure Bedeutung der ökonomischen Grundlagen – jetzt kann es sich bestätigen, wieder einmal. Aber einfach so und automatisch geht das auch nicht. Wir können etwas anderes wollen und Widerstand leisten. Ich glaube als Christ und Theologe nicht nur an die Wirkungen der „materiellen Basis“, sondern immer noch auch – und nicht nur Weihnachten – an die Kraft der Schwachen und an die Wirkung von Botschaften und Visionen.

Welcher wollen wir uns anschließen, tief in unserem Herzen und dann auch tätig im neuen Jahr? Ich habe mich entschieden, um meines christlichen Glaubens willen und um meines Großvaters willen, der August

hiß und linker Sozialdemokrat war, in seinen jungen Jahren, die er nicht überlebte (Flandern 1917).

Und wenn die „neuen“ Sozialdemokraten in der DDR an „runden Tischen“ erklären, sie wollten keinen Sozialismus, auch keinen neuen, dann zeigt das nur, wozu der Wahlkampf (ver)führt – auch zu einem Augenfehler: zum Schielen nach Wählerstimmen. Es ist wirklich ein Dilemma, daß jetzt Wahlkampf und Revolution zusammenfallen. Jetzt können wir aber auch alle zeigen, was uns wichtiger ist: das „Schielen“ oder der klare, gerade Blick auf Inhalte notwendiger Gesellschaftsgestaltung. Fred Mahlborg, Rostock



Zerstören Kinderkrippen das Urvertrauen?

Die brasilianischen Urwaldindianer verstehen noch die Kunst, ihre Kinder als das anzunehmen, was sie sind – Einzelwesen mit ganz eigenen Bedürfnissen und Gefühlen – und ihnen sämtliche Freiheiten des Ausprobierens eigener Fähigkeiten zu lassen. Die Indianermütter erhalten das Vertrauen der Säuglinge in bedingungsloses Geschütztsein, indem sie die Kleinen am Körper tragen und auch nachts bei sich schlafen lassen. So sind sie nie einsam, haben ständig den wichtigen Hautkontakt und können trinken, sobald es für sie notwendig ist.

Die Indianermütter verstehen auch die Kunst, auf die gesunden Instinkte der Kinder zu vertrauen, sobald diese krabbelnd die Welt erkunden wollen. Sie lassen sie selbstständig gehen und ihre ersten Erfahrungen in der Dorfgemeinschaft machen, auch erste Gefahren bestehen. Sobald die Kinder die Nähe der Mütter suchen, sind diese sofort wieder uneingeschränkt für sie da.

Die dritte Kunst der Indianermütter besteht darin, den Kindern niemals negative Absichten zu unterstellen. Die Zeit der Kleinkindbetreuung wird für sie nicht zur Hölle der Einsamkeit, weil sie viele für den Stamm wichtige Dinge gemeinsam machen.

Sind die Väter von der Jagd zurück, beteiligen sie die Kinder selbstverständlich an ihrem Leben. Sie geben den Kindern – und nicht nur den eigenen – Zärtlichkeit und erste Unterweisungen in lebenserhaltenden Handfertigkeiten.

Wir geben unsere Kinder in oftmals überfüllte Krippen, überlassen sie also einem schrecklichen emotionalen Vakuum. Sie müssen es als Verrat empfinden. Selbst wenn die Krippen nicht so überfüllt sind wie teilweise in Schwerin auf dem Großen Dreesch, wo man Ersatzbetten aufstellen muß und die Krippenerzieherinnen lediglich das Füttern und Windeln schaffen, kann die Krippenerzieherin kein Ersatz für die Mutter oder den Vater sein. Begehen wir mit den Krippen vielleicht ein kollektives Verbrechen an unseren Kindern?

Auch für meine Kinder kommt mir dieser Verdacht leider zu spät, aber er weckt trotzdem Fragen: ob es Möglichkeiten gäbe, 3 Jahre (1½ Jahre die Frau, 1½ Jahre der Mann) zu Hause zu bleiben?

Wäre das nicht auch „volkswirtschaftlich günstiger“?

Ob in den Räumen der dann nicht mehr so stark frequentierten Kinderkrippen nicht Treffmöglichkeiten für Eltern mit Wohnungskoller geschaffen werden könnten?

Ob die Mütter/Väter nicht während der Kinderbetreuungszeit in Eigeninitiative Interessengemeinschaften gründen könnten für moderne Kindererziehung? Es gibt doch inzwischen so viele Pädagogikarten. Sollten wir nicht endlich von unserer Befehlspädagogik wegkommen und aus den in der Welt vorhandenen Modellen die kinderfreundlichsten für unsere Kinder auswählen?

Ich wäre sehr froh, wenn wir zu diesem Thema in ein fruchtbares Streitgespräch kämen! Bärbel Röhl



Aus der Schule geplaudert

Der Bezirksschulrat, Herr Freytag, bekannte sich zur radikalen Erneuerung des Bildungswesens.

Doch wie sieht der Schulalltag in Schwerin aus? Nach alter Manier wurden Kinder in die Unterschriftenkampagne „Für unser Land“ einbezogen. Namentlich an der B.-Brecht-OS, Fr.-Mehring-OS, Jan-Kreuz-OS und A.-Bebel-OS. Dabei schreckte man auch nicht zurück, bereits Kinder der 2. Klasse zu einer Unterschrift zu veranlassen.

Mit wem soll die radikale Erneuerung vollzogen werden? Die Lehrer sind befreit durch das neue Denken,

viele sind bereit, alles neu zu überdenken.

Der Lehrermangel in der Stadt soll nun abgebaut werden. Darüber könnte man sich freuen, doch Grund zur Freude sehe ich nicht. Denn diese „Verstärkung“ soll durch bisherige Mitglieder der SED-Kreisleitung, der Bezirksparteischule und des ehemaligen MfS erfolgen.

Dürfen Bürger, wie z. B. der bisherige Verantwortliche für Agitation und Propaganda der Kreisleitung der SED, nun vor unsere Kinder treten?

Ich sage: „Nein!“

– kl –

Aufruf der Gruppe „Umweltbewußtes Leben“

Wir als Gruppe „Umweltbewußtes Leben“ haben uns aus Interesse zusammengefunden, um im täglichen Leben auf die Bürger und die durch sie geschädigte Umwelt einen positiven Aufklärungsprozeß und Einfluß auszuüben. Durch das tägliche politische Geschehen wie Sturz der alten Regierung, Öffnung der Grenzen zum Westen, Einfluß der BRD und Diskussion, ob Neues Forum Vereinigung oder Partei, haben wir oft das Wesentliche aus den Augen verloren.

Leider fehlen uns derzeit kompetente Mitarbeiter. Wir rufen darum zur Mitarbeit auf. Wir wollen nicht nur Fehler aufdecken, sondern Alternativen entwickeln.

Wir meinen, es wäre erstrebenswert, wenn in unseren Schulen zu umweltbewußtem Verhalten Unterricht erteilt würde. Darum fordern wir besonders Schüler, Eltern und Lehrer auf, ihre Vorstellungen einzubringen!

Wir möchten ein Umweltprogramm erstellen!

Bürger, die in unserer Gruppe mitmachen wollen, können sich am 9. 1. 1990 um 20.30 Uhr bei S. Gajek, Obotritenring 71, Schwerin 2752, melden.

Kontaktadressen: J. Ziesche, H.-Beimler-Straße 28, Schwerin 2792
W. Dhanke, A.-v.-Humboldt-Straße 5, Schwerin 2793
u.s.o.!

Ausbildung von Waldorflehrern

Vielfach wird der Wunsch nach Waldorfschulen und -kindergärten laut. Wie sieht es jedoch mit der Lehrerausbildung aus? Ein konkretes Angebot zum Aufbau für ein „berufsbegleitendes Waldorfseminar“ in Berlin liegt bereits vor. Um allen Bürgern der DDR, die Waldorflehrer werden möchten, dazu die Möglichkeit zu geben, finden diese Kurse nur an Wochenenden statt.

In Weimar wird ein ähnliches Seminar gegründet. Es sind dabei nicht nur Lehrer gefragt, sondern auch Menschen aus anderen Berufen, die diesen Schritt wagen wollen. Es kommt darauf an, daß sich möglichst viele Menschen finden, die schon im Leben stehen, sich möglichst mit Anthro-

sophie beschäftigt haben und in der Lage sind, das Wagnis durchzustehen.

Interessenten, die sich an eine der nachfolgenden Anschriften wenden, möchten bitte, außer ihren Namen und Adresse, auch Alter und Beruf angeben.

Berlin: Hilde Köhler, Frankfurter Allee 106a 04-01, Berlin 1035.

Schwerin: Dr. Sylvia Köhler, Wis-marsche Straße 393, PF 69, Schwerin 2758.

Etwa Mitte Januar, wenn die Pläne konkreter sind, werden die künftigen Waldorflehrer eingeladen, um mit ihnen die genauere Konzeption des Seminars zu besprechen.

–hk–



Eine Rede, die nicht gehalten werden konnte

Freiheit ist stets die Freiheit der Andersdenkenden
Rosa Luxemburg

Wie aber hält es unser Volk mit der Freiheit? Viele bemühen sich auf den Demos, ihm nach dem Munde zu reden, und sie ernten Beifall. Alles, was in der derzeit populären Stimmungslage liegt, wird kritiklos bejubelt und beklatscht, und sei es noch so dumm: Wenn ein Rechtsanwalt (der eigentlich wissen müßte, was er da sagt) fordert, es müßte nun die Beweislast vor Gericht umgekehrt werden, d. h. nicht mehr das Gericht müsse dem Angeklagten die Schuld nachweisen, sondern der Angeklagte müsse nun seine Unschuld beweisen, dann jubelt die Menge. Wenn jemand ausruft, die DDR sei der größte Saustall Europas, dann wird geklatscht. Aber wehe dem Redner, der es wagt, der Menge auch nur ein wenig Nachdenken abzuverlangen. Wehe gar, er wagt es, einige Worte zu sagen, die der großen Masse nicht nach dem Munde sind. Ohne Zögern wird er niedergebrüllt! Ist das demokratischer Sinn? Ist das die Freiheit, nach der wir streben?

Die nachfolgende Rede konnte auf der Umweltdemo am 18. 12. in Schwerin nicht zu Ende gesprochen werden. Nach anfänglichem Beifall ging sie bald in Gegröhl und Buh-Rufen unter. Vielleicht ist gerade das ein Grund, darüber nachzudenken.

Liebe Schwerinerinnen und Schweriner! Leute aus dem Umland!

In den letzten Jahren hörte man manchmal schon – wenn auch nicht öffentlich – den Satz: „Wir brauchen gar keine Atombomben. Wenn wir so weitermachen, schaffen wir es auch so, daß unsere Erde unbewohnbar wird!“

Wer nicht ganz mit dem Klammerbeutel gepudert war, wußte ja längst, daß der Versuch, uns vorzugaukeln, hierzulande würde alles getan, um uns eine gesunde und lebenswerte Umwelt zu erhalten, aus fadenscheinigen Lügen zusammengesetzt war. Freilich, wie weit wir uns schon in der Gefahrenzone befinden, wie gefährlich nahe uns Blindheit und Selbstbetrug an den Rand der Katastrophe gebracht haben, das wird wohl nun erst nach und nach offenbar werden.

In dieser Situation brauchen wir den Mut zur ungeschminkten Wahrheit, auch wenn sie bitter schmeckt. Wir brauchen aber auch die Solidarität aller, denn wir sind alle gleichermaßen bedroht und in Gefahr! Wir brauchen jeden Kopf und jede Hand, auch die Köpfe und Hände jener, die lange, viel zu lange einer verlogenen Ideologie geglaubt haben. Deshalb helfen uns solche Parolen, wie wir sie vergangenen Montag auch hier hören und lesen konnten, wie etwa: „Der SEDist bleibt, was er ist: ein Stalinist“ – deshalb also helfen uns solche Parolen keinen Schritt weiter! Nein! – Wir müssen auf die Lernfähigkeit der Menschen setzen, und die Menschen lernen besonders schnell, wenn die Umstände sie dazu zwingen.

Im November haben wir gerufen: „Stasi in die Produktion!“ – Jetzt ist es soweit. Jetzt müssen wir sie aber auch in die Produktion lassen! Wir brauchen keine gesonderten Arbeitsplätze für die Stasi, keine Ghettos! Es sind genügend Arbeitsplätze frei: am Fließband, an der Werkbank... und wer mehr kann, soll auch das beweisen können! Zum Beispiel auch im Umweltschutz! Also: grenzen wir diese Menschen nicht aus, sondern geben wir ihnen die Chance, ein neues Leben



zu beginnen! Auch sie müssen die Demokratie kennen- und schätzenlernen!

Natürlich müssen wir auch damit rechnen, daß einige Menschen nichts dazulernen. Melden sich doch jetzt schon wieder einige Typen lautstark zu Wort, die nach über 40 Jahren noch nicht einmal die Lehren aus der braunen Diktatur gezogen haben! Solche Typen haben wir jetzt am allerwenigsten nötig. Aber auch damit müssen wir leben!

Wenn wir jetzt immer häufiger den Ruf nach Wiedervereinigung hören, so müssen wir uns aber auch klarmachen, daß der Kapitalismus uns zwar übervolle Regale in den Kaufhäusern und Supermärkten, aber keinen Ausweg aus den ökologischen Gefahren bietet, denn der Kapitalismus ist und bleibt eine Verschwendungsgesellschaft. Er geht mit den Ressourcen dieser Erde so um, wie der Stalinismus mit den Menschen: Er vergeudet sie, so als wüchsen sie unerschöpflich nach! Wer es nicht glaubt, der braucht

sich im Westen drüben nur jeden Morgen die mit Werbematerial verstopften Briefkästen anzusehen, der braucht nur mal zu schauen, was dort alles auf dem Müll landet!

Die kapitalistische Wirtschaft hat zwar auch – das wollen wir nicht vergessen – eine hervorragende Umwelttechnologie entwickelt, eine Technik, die wir so nötig brauchen, sie erzeugt aber auch massenhaft Gift und Müll und hat schon so viel davon, daß sie dies verkaufen muß – nach Schönberg und auch nach Afrika!

Ich selbst habe mir schon 20 Jahre über einen dritten Weg Gedanken gemacht, den demokratischen Sozialismus. Und ich trete auch jetzt dafür ein, denn ich habe 1968 in der Tschechoslowakei aus unmittelbarer Nähe beobachten können, welche Begeisterung und welche Schöpferkräfte diese Idee erwecken kann, wenn sie ein ganzes Volk ergreift!

Leider hat auch unser Land damals dazu beigetragen, dieses Feuer, diesen Elan zu zertreten!

Ich kann, nach dem, was wir jetzt hinter uns haben, aber auch jene verstehen, die jetzt sagen: „Um Gottes Willen! Nicht schon wieder einen Sozialismus!“

Ich möchte da aber mal nachfragen dürfen: Was heißt hier: schon wieder? Das, was wir bisher hatten, war doch gar kein Sozialismus! Es war doch nur eine Cliquendiktatur, die sich zur Tarnung diesen Namen umgehängt hatte! Wollen wir denn auf diesen Schwindel hereinfallen?

Sozialismus ist ganz etwas anderes! Einen wirklichen Sozialismus kann es doch gar nicht geben ohne echte Demokratie!

Viele sagen, und auch das ist verständlich: „Wir wollen jetzt kein neues Experiment. Lieber wollen wir den Westen nachmachen, da wissen wir, was wir haben!“ – Wissen wir das wirklich?

Es gibt auch Rauschgift und Bandenkriminalität. Und es gab auch die Umweltkatastrophen von Sandoz und Soweso. Korruption und Betrug gro-

Demonstrationsaufruf! „Rettet Gadebusch“

Wie lange hält unsere Stadt dem Ansturm der Pkw und Schwerlastzüge noch stand? Gadebusch ist eine Transitstadt geworden.

Wir freuen uns, daß die Grenze jetzt in beiden Richtungen offen ist! Doch die Häuser zittern unter der Überlastung der Straßen und zeigen erste Schäden.

Unsere Bürger, besonders Kinder und ältere Leute, sind durch das hohe Verkehrsaufkommen gefährdet. In den letzten zwei Monaten haben sich mehr Unfälle ereignet als im Vorjahr.

Unsere Stadt atmet schwer. Abgase verursachen bei ungünstiger Wetterlage Atemnot.

Eine Stadtsanierung kann unter diesen Verhältnissen nicht erfolgen.

Wir brauchen eine Umgehungsstraße!

Wir rufen zu einer Demonstration am 8. Januar 1990 um 18.00 Uhr auf!
Treffpunkt: Industriegelände.

Dr. Michael Helms
Schwester Britta Woywod
Dr. Gerhard Schotte
Neues Forum Gadebusch

Ben Stils sind auch dort keine Seltenheit. (Ich erinnere nur an Barschel!)

Ich fürchte, ob es uns gefällt oder nicht, wir haben gar keine Wahl. Wenn wir eine wirklich gesicherte Zukunft wollen, werden wir ein neues Experiment wagen müssen! Ganz gleich, wie wir es nennen wollen, wir müssen eine Gesellschaft entwickeln, die es noch nirgends gibt: Eine Solidargesellschaft, in der genügend Spielraum ist, für marktwirtschaftlichen und innerbetrieblichen Wettbewerb. Eine Gesellschaft, wo der Tüchtigste sich durchsetzt und nicht der mit dem Parteibuch und der großen Klappe! – Auch nicht die Kratzer und Kriecher! – Aber eine Gesellschaft, in der soziale und ökologische Verantwortung noch höher bewertet werden als privates Gewinnstreben.

Eine solche Gesellschaft gibt es aber nicht geschenkt. Dafür gibt es auch noch keine fertigen Rezepte. Wir alle – jeder, der einen Kopf hat – müssen ernsthaft darüber nachdenken, müssen Ideen entwickeln und darüber reden. Und wir müssen mit der Arbeit beginnen. Haßparolen, Schuldzuweisungen und neue Ausgrenzungen, anonyme Drohungen und Denunziationen, die jetzt in Mode kommen, um Privatrache zu nehmen, gefährden nur das Erreichte. Sie schaffen ein Klima der Zwietracht und stiften neues Unrecht. Sie treiben weiter Menschen aus dem Land, die hier nötiger denn je gebraucht werden!

Auch Haß, Zwietracht und Rachegefühle sind gefährliche Umweltgifte! Lassen wir nicht zu, daß unsere neu gewonnene Freiheit darin wieder erstickt! Es wäre schade darum.

Manfred Franz

Nachbemerkung:

Wir haben gelernt, eine unblutige, weitgehend friedliche Revolution durchzuführen. Das ist neu in unserer Geschichte, und das ist ungeheuer viel. Wir haben noch nicht gelernt, einander aufmerksam zuzuhören und andere Meinungen zu akzeptieren. Wir müssen und wir werden auch das noch lernen. Aber wir sollten in unserer aller Interesse nicht mehr lange damit warten!

Impressum:

Mecklenburger Aufbruch ist eine Publikation unabhängiger demokratischer Gruppen in Mecklenburg

Für den Inhalt verantwortlich: Regine Marquardt, Postfach 189, Carlow 2731, DDR

Satz und Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH Druckzentrum Rendsburg, Wyker Straße 20-26, 2370 Rendsburg

Vorschlag

Diese Zeitung wird aus Spenden finanziert. Wir schlagen vor, daß sie für –50 M verkauft wird. Den Erlös bitte auf das Konto „Brot für die Welt“, Kennwort „Rumänien“, Nr. 1461-13-141 cod. 249 313.

Blut rettet Leben!

Auf dem Hintergrund der Kämpfe in Rumänien unerstreichen wir den Aufruf des DRK zu vermehrten Blutspenden! Im Monat November war ein erheblicher Rückgang von Blutspenden zu verzeichnen, das ist zu bedauern. Kranke Menschen brauchen unsere Hilfe! Wenden Sie sich bitte an die für Sie zuständigen Blutspendezentralen!

Nachtrag

Wir sind dankbar, daß für diese Zeitung kurzfristig Beiträge geliefert wurden. Alle konnten nicht berücksichtigt werden. Dafür bitte ich um Verständnis.

Für künftige Publikationen sollte bedacht sein: Wir verfügen über keinen Mitarbeiterstab; es ist nur schwer möglich, handgeschriebene, schlecht lesbare Manuskripte zu veröffentlichen.

Für die Redaktion verantwortlich: Regine Marquardt, Pf. 189, Carlow DDR 2731